

Der Deutsche Metallarbeiter

Anzeigenpreis: Die 6 gefaltete Millimeter

zelle für Arbeitsgesuche 20 Goldpfennig, für Arbeitsangebote 40 Goldpfennig. Unverlangt eingehende Manuskripte ohne Befügung eines adressierten und frankierten Briefumschlages werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Samstag
Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhorst 17, Fernruf 3636 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 44

Duisburg, den 30. Oktober 1926

27. Jahrgang

Wandlungen des Kapitalismus u. ihre Folgen

Unter den neueren Zusammenschlußbewegungen im deutschen Wirtschaftsleben hat die kontinentale Eisenvereinbarung am meisten die Öffentlichkeit beschäftigt. Das ist ganz natürlich, weil es sich in diesem Falle zugleich um ein Abkommen mit politischer Nebenbedeutung handelt. Einmal sieht man in dieser Vereinbarung einen Fortschritt des europäischen Gedankens und der Befriedung Europas, da ja die Stahlproduzenten früher feindlicher Länder, die sich jetzt zusammengeschlossen haben, zugleich wichtige Produktionsproduzenten sind. Dazu kommt die handelspolitische Wirkung, daß der Abschluß des Eisenpaktes aller Wahrscheinlichkeit nach den endgültigen Handelsvertrag mit Frankreich beschleunigen wird. Diejenigen, die diese Zusammenschlußbewegung rein wirtschaftlich betrachten, müssen ebenfalls die überragende Bedeutung gerade des Stahlabkommens anerkennen; denn hier handelt es sich um die Ordnung eines ganz besonders verworrenen Marktes.

Das Stahlabkommen ist nicht die einzige internationale Vereinbarung, in die deutsche Industriebezogen sind. Einige sind schon abgeschlossen (z. B. Glühlampenkartell, deutsch-französisches Kaliabkommen) eine Reihe anderer sind in Vorbereitung. Gleichzeitig mit der internationalen Verbandsbildung haben wir innerhalb Deutschlands eine

verstärkte nationale Kartellentwicklung und Konzernbildung.

Es ist an der Zeit, diese Vorgänge nicht nur vereinzelt zu betrachten und ihre Rückwirkungen auf den Markt einer bestimmten Ware zu besprechen, sondern auch die grundsätzlichen Seiten dieser Entwicklung hervorzuheben, die allem Anschein nach unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben für die nächste Zukunft weitestlich mitbestimmen werden.

Wenn man von den

sozialen Wirkungen der Kartell- und Trustbildung

spricht, denkt man regelmäßig zuerst an die Preise. Man nimmt an, daß von einer kartellierten oder gar vertrusteten Industrie die Preise auf einen höheren Standpunkt gehalten werden können, als dies bei freiem Konkurrenzkampf möglich wäre. Obwohl das zutrifft (und keineswegs immer zu verurteilen ist) wäre es doch falsch, zu glauben, eine Industrie, und selbst wenn sie ein organisatorisches Monopol hat, könne oder werde die Preise völlig willkürlich heraufsetzen, bzw. hochhalten. Für unser Wirtschaftssystem ist es nicht wesentlich, daß die Unternehmer nach hohen Preisen streben, wie man gewöhnlich glaubt, sondern daß sie nach hohen Gewinnen streben. Gewinn erhöht sich aber nicht einfach durch Preiserhöhung, sondern er ist das Resultat von Umsatz und Preis. Insofern haben auch die festgefügtsten volkswirtschaftlichen wie internationalen Monopole einen gewissen Preisregulator in sich selbst; woraus man aber wiederum nicht die optimistische Meinung herleiten darf, jedes Kartell und jeder Trust werde stets den unter den gegebenen Verhältnissen für den Verbraucher günstigen Preis festsetzen. Auch die Kartellführer sind nicht lauter weitsichtige Männer, nicht einmal im privatwirtschaftlichen Sinne! Kurzfristigkeit und Nengstlichkeit führt immer wieder dazu, daß man bei kleinem Umsatz einen großen Nutzen sucht, statt mit klümem Entschluß den umgekehrten Weg zu versuchen.

Soweit die sozialen Wirkungen der Monopolbildung in dem Einfluß auf die Preise bestehen, läßt sich also nicht ohne weiteres ein positives oder negatives Urteil abgeben. Die zunehmende Kartellierung und Vertrustung hat aber auch wesentliche organische Folgen. Der Großkonzern und gar das internationale Monopol fördern die Erstarrung unseres Wirtschaftslebens, die gleichzeitig noch aus einer Reihe von anderen Gründen zunimmt. Schließlich bewirken die organisatorischen Veränderungen, die wir erleben, doch vor allem eine Machtsteigerung einzelner Wirtschaftsgruppen oder einzelner Unternehmungen. Wer aber die Möglichkeit hat, Macht auszuüben, verändert seine Haltung im sozialen und wirtschaftlichen Leben. Das Verhältnis des Kaufmanns zum Kunden droht, sich zu wandeln in das Verhältnis des Untertanen zur Behörde. Am ausgeprägtesten haben wir das seit langem bei den staatlichen Monopolbetrieben (wird man etwa allgemein bei der Post als erwünschter Kunde behandelt?). Aber auch bei privaten Monopolen sind die Ansätze zu diesem sozialen Wandel durchaus zu erkennen.

Kollege!

Ist dein Nebenmann am Arbeitsplatz organisiert oder nicht?

Hast du für solche Zwecke auch Aufnahmescheine und ausfüllendes Material, ein Flugblatt oder die Schrift „Was ist und was will der christliche Metallarbeiterverband?“ bei dir?

Zeige dem unorganisierten Arbeitskollegen auch bemerkenswerte Artikel unseres Verbandsorgans!

In den Betrieben selbst wird, je größer sie werden und je mehr sie auf einem bestimmten Markte die Alleinherrschaft behaupten, aus dem beweglichen kaufmännischen Apparat mehr und mehr eine Verwaltungsmaschine. Aus Unternehmern werden Bürokraten und aus Handlungsgehilfen Bürobeamte. Sowohl die veränderte Haltung gegenüber dem Abnehmer wie auch eine Bürokratisierung sind aber eine fast unvermeidliche Folge der Monopolbildung. Ihr Hauptzweck ist doch schließlich der,

das Risiko abzuwälzen auf den Abnehmer

und rückwirkend noch auf den Arbeiter. In unserer kapitalistischen Wirtschaft ist es ein Wesenszug des Unternehmers, daß er Risikoträger ist. Gelingt es aber, dieses Risiko abzuwälzen, dann verliert die kapitalistische Wirtschaft einen ihrer wichtigsten Bestandteile und wie wir glauben Vorzüge. Es ist nicht verwunderlich, daß die sozialistische Presse, soweit sie nicht die Entwicklung in erster Linie gewerkschaftlich sieht, der neuen Kartell- und Trustbildung mit kaum verhohlenen Wohlwollen gegenüber steht. Man sagt sich eben, daß aus dieser Zusammenschlußbewegung große bürokratische Umwandlungen hervorgehen, daß die Unternehmereigenschaft mehr und mehr verschwindet und daß infolgedessen das Ganze eine erwünschte Vorbereitung für die künftige Sozialisierung sei. Nun ist das gewiß verallgemeinert und schematisiert, aber daß in vielen Fällen die Entwicklung möglicherweise so sich vollzieht, ist kaum zu bestreiten. Es muß nicht so kommen, wir haben auch Beweise dafür, daß sehr große und fast monopolistisch auf dem Markt stehende Unternehmungen kaufmännisch beweglich geblieben sind, Initiative entwickeln und mehr auf Absatzsteigerung wie auf starre Aufrechterhaltung eines Preisniveaus bedacht sind.

Die obigen Betrachtungen haben vielleicht Entwicklungen zum Gegenstand, die noch sehr in der Ferne liegen; es scheint aber doch wehr dafür zu sprechen, daß diese Fernsorge nicht so sehr weit ist. Immerhin wird sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik der nächsten Zeit mit einigen noch näherliegenden Wirkungen der Konzernbildungen zu befassen haben. Durch die internationale Kartellbildung wird das

Zollproblem

für uns eine ganz andere Gestalt bekommen. Ob europäischer Zollverein oder nicht, die Wirkungen des Zolles werden durch die kartellierten Industrien aufrechterhalten werden und die Zollpolitik als wichtige Maßnahme zur Regulierung der Kartelle wird verfallen. Dadurch bekommt die in der Wirtschaftspolitik eine viel größere Wichtigkeit. Es ist ganz selbstverständlich, daß auf die verstärkte und jetzt international sich ausdehnende Kartellbildung die Verbraucher und Arbeiter mit Forderungen nach einer schärferen Kartellkontrolle kommen. Ebenso verständlich ist, daß die Arbeitnehmer, nachdem sie eine Reihe von Positionen erlangt haben, die in der ersten Nachkriegszeit ihnen durch die staatliche Wirtschaftspolitik gewährt worden waren (Außenhandelskontrolle, Eisenwirtschaftsbund u. d.) wieder ähnliche Mitwirkungen in den großen Privatmonopolen verlangen werden. Einen volkswirtschaftlichen Nutzen könnte man sich von solchen Einrichtungen vor allem dann versprechen, wenn außer den Arbeitnehmern der organisierten Industrie selbst auch solche der abnehmenden Industrie vertreten werden. Gewiß wird es um solche und ähnliche Forderungen sehr heftige und grundsätzliche Debatten geben; wenn man aber in den organisatorischen Veränderungen einen sich anbahnenden Wandel unseres Wirtschaftssystems überhaupt sieht, kommt man auf die Dauer auch an solchen dem Prinzip der (ehemaligen!) freien Wirtschaft widersprechenden Mitbestimmungsrecht nicht vorbei.

Auch die eigentliche

Lohnpolitik

muß durch die Zusammenschlußbewegung und besonders durch die internationale Verflechtung eine andere Gestalt bekommen. Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß ein europäisches Eisenkartell Lohnbewegungen in einem einzelnen Lande nicht zu fürchten braucht, sondern die ausfallende Produktion nach einem anderen angeschlossenen Lande verlegen wird. Ob das gelingt oder ob nicht vielleicht aus einem nationalen Streik dann auch ein internationaler Streik wird, das hängt naturgemäß von der Stärke der Arbeiterorganisationen in den zugehörigen Ländern ab. Man muß damit rechnen, und darauf hoffen, daß als eine ganz natürliche Reaktion auf die Machtzusammenballung der Industrien auch das Organisationswesen der Arbeitnehmer sich verstärkt. Gewiß sind gegenwärtig noch infolge der Inflationsverluste die Kassen der Gewerkschaften in fast allen Ländern nicht sehr gefüllt. Ebenso drückt noch die Arbeitslosigkeit auf die Entfaltung der organisatorischen Macht, aber man kann damit rechnen, daß die zahlenmäßige Stärke der Verbände gerade unter dem Eindruck der industriellen Monopolbildung wächst und daß auch die internationalen Verbindungen einmal wirksam werden, was bisher ja noch kaum der Fall gewesen ist. Zu den sozialen Wirkungen der Zusammenschlußbewegung in der Industrie wird infolgedessen auch eine veränderte wahrscheinlich großzügigere und zähere Form des sozialen Kampfes in Zukunft gehören.

Was hast du vom Verbandsbeitrag?

Der Gewerkschaftsbeitrag bewahrt die Arbeiterschaft vor Armut und Not. Wieso und Warum? Nimm als Rechenexempel nachfolgende Beispiele:

Unser Verband hatte im Jahre 1925 z. B. innerhalb der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie zwei erfolgreiche Lohnbewegungen, eine Lohnerrhöhung von rund 128,50 M für Hilfsarbeiter, eine Lohnerrhöhung von rund 185,00 M für Handwerker. Dieser Betrag ergibt sich für die Zeit ab März bis Ende Dezember. Die Unternehmer hatten statt dessen zweimal einen Lohnabzug von 10 Prozent gefordert, sowie ab März 1926 einen noch mäßigen Abzug von 10 Prozent ernstlich geplant. Der Verbandsbeitrag in der gleichen in Betracht kommenden Zeit insgesamt in der 1. Klasse nur 39,00.

Der Verbandsbeitrag hat also

1. den Lohnabbaugriff von dreimal 10 Prozent abgeschlagen,
2. sich beim Hilfsarbeiter mit rund 300 Prozent,
3. beim Handwerker mit rund 500 Prozent allein im Jahre 1925 verzinst,
4. den Urlaubsabbau verhindert.

Dann erhält du alljährlich deinen Urlaub mit Bezahlung. Bist du fünf Jahre bei einer Firma, so bekommst du sechs Tage Urlaub und nach 13jähriger Beschäftigung zehn Tage Urlaub. Solange wir einen Tarifvertrag haben, hast du als organisierter Arbeiter ein klagbares Recht zur Seite.

Fällt dieser Tarifvertrag durch die Schwäche des Verbandes, dann fällt auch dein Urlaub. Der Schichtlohn beträgt seit dem 1. Juli 1925 für den Handwerker in Nordwest mindestens 7,00 M. Du hast also durch den Urlaub einen Nutzen von mindestens 70,00 M.

Auch durch die sozialen Zulagen hast du an dem Christl. Metallarbeiter-Verband einen warmen Freund gefunden.

Das Hausstandsgehalt beträgt pro Schicht in Nordwest

	0,10 M
Bei 4 Kindern das Kindergeld 4 mal	0,20 M
	0,80 M
pro Tag zusammen	0,90 M

Stets haben wir um diese Belange tatkräftig gekämpft und bei 300 Arbeitstagen macht diese Zulage 270,00 M im Jahre aus. Auch hast du freien Rechtsschutz, erhältst Arbeitslosen- und Krankenunterstützung sowie Sterbegeld.

Nochmals erinnern wir an eben genannte Zahlen, die euch zeigen, was durch den Verbandsbeitrag in der Nordwestgruppe erzielt wird.

Familie mit vier Kindern:	
Lohnerhöhungen in 1925	M 185,00
Soziallohn im Jahre	M 270,00
Urlaub für 10 Arbeitstage mal 7,00 M	M 70,00
	M 525,00

Sonstige Verbesserungen in Zahlen auszudrücken, geht schlecht an. Aber schon an dem Dargelegten kann jeder erkennen, wie sich der Verbandsbeitrag verzinst und daß es keine bessere Spartasse gibt als den Beitrag.

Die Arbeitszeitfrage in der Metallindustrie

Bezirksleiter Franz Schümmer, Köln.

Die Erhaltung des im November 1918 eingeführten Achtstundentages wurde durch die Vorgänge des Jahres 1923 auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete stark in Frage gestellt. Die zwei Millionen Arbeitslose und die drei bis vier Millionen Kurzarbeiter, die Ende 1923 vorhanden waren und die sich vorwiegend auf Rheinland und Westfalen verteilten, sowie die Haltung der Arbeitgeber wirkten sich aus als eine Gefahr für die bestehenden Tarifverträge und für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Arbeiter, die das ganze Jahr 1923 arbeitslos waren und denen nach der Ruhraktion die Ruhrunterstützung erheblich gekürzt und zum Schluß vollständig entzogen wurde, waren bereit, Arbeit, gleich unter welchen Bedingungen, anzunehmen. Arbeitgeber, und besonders solche der Metallindustrie, nutzten die Notlage der Arbeiterschaft aus und stellten für die Wiederaufnahme der Arbeit Bedingungen, die die vorkriegszeitliche Arbeitszeit und noch weit niedrigere Löhne vorschrieben.

Die harten Tatsachen waren maßgebend für die Schaffung des Arbeitszeitabkommens, welches am 13. Dezember 1923 in Berlin zwischen der nordwestlichen Gruppe der Metallindustriellen und den Metallarbeiterverbänden zustande kam.

Grundgedanke und Zweck der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 war, durch eine volkswirtschaftlich notwendige Steigerung und Verbilligung der Produktion die Notlage Deutschlands zu beheben. Ebenso tie unerlässlichen notwendigen Belange der Arbeitnehmerschaft zu wahren und die Arbeitnehmer nicht dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte auszuliefern.

Stürmer voran!

Es geht gegen soziale Reaktion, gegen Lohnabbau, gegen Ungerechtigkeit.

Es geht um Menschenwürde und Menschenrecht.

Es geht um die Festigung der Arbeitsstelle.

Es geht um Familie, Kind und Stand.

Deshalb machen wir Hausagitation!

Der Christliche Metallarbeiterverband hat von vorneherein den Standpunkt vertreten, daß die Abkommen befristet werden müssen und eine Aenderung derselben einzutreten habe, sobald die wirtschaftlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Das soll heißen: In dem Maße, wie die Gründe für die Verlängerung der Arbeitszeit hinfällig werden, daß dann der Achtstundentag wieder einzuführen ist. Daß es dem Christlichen Metallarbeiterverbande mit diesem Standpunkte ernst war, beweist, daß er bereits am 7. Mai 1924 durch Eingabe an das Arbeitsministerium die Wiedereinführung der dreigeteilten achtstündigen Arbeitsschicht für die Schwerarbeiter in der Großeisenindustrie verlangte. Die Eingabe hatte den Erfolg, daß für die Hochofen- und Kokereiarbeiter die dreigeteilte achtstündige Arbeitsschicht wieder eingeführt wurde.

Die Ursachen, die zur Verlängerung der Arbeitszeit führten, verringern sich von Tag zu Tag. Eine der Hauptursachen war der Preisdruck, der gerade der Metallindustrie vom Ausland erwuchs. Besonders waren es Belgien und Frankreich, die eine Preiskonkurrenz Deutschlands vollständig unmöglich machten.

Durch die Schaffung des kontinentalen Eisenpactes zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg, wird die Preisgestaltung jedenfalls eine solche Regelung erfahren, die Preisunterschiede der einzelnen Länder, wie selbige bisher bestanden, für die Folge unmöglich macht. Auch ist nach Mitteilungen maßgebender Presse die eisenverarbeitende Industrie bereits zu einer Verständigung mit der Schwerindustrie gekommen, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen beider Teile Rechnung tragen soll.

Damit sind zum guten Teile die wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben, die eine Aenderung in der jetzt geltenden Arbeitszeit rechtfertigen.

Die weiteren wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Wiedereinführung des Achtstundentages in der Metallindustrie sind aber auch gegeben, durch die ganz bedeutenden technischen Fortschritte, die sich ganz besonders in der eisenzeugenden und eisenverarbeitenden Industrie auswirken.

Die Handelsfachverständigen der britischen Botschaft in Berlin, die einen Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands herausgegeben haben, spenden der deutschen Metallindustrie folgendes Lob, laut Kölnische Zeitung vom 25. 9. 1926:

„Die deutsche Metallindustrie hat trotz der schweren Krise die Stahlerzeugung zum Teil noch über den Friedensstand gehoben und schneidet im Vergleich zu England glänzend ab. Das hervorragendste Bestreben der deutschen Industrie sei Rationalisierung. Ueberall in der deutschen Metall- und Maschinenindustrie wird auf Steigerung der Erzeugung und Verbesserung der Transportmöglichkeiten hingearbeitet. Die heute tätigen Stahlwerke seien Musterbeispiele der letzten technischen Verbesserungen. Die deutschen Fabrikanten hätten jetzt ihre Wettbewerbsfähigkeit wieder erlangt.“

Wenn dieses Urteil auch nicht auf alle Sparten der Metallindustrie zutrifft, so ist doch der Zeitpunkt gekommen, wo eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit gefordert werden muß. Diese Forderung findet auch ihre Berechtigung darin, daß durch die technischen Fortschritte und Rationalisierung das Heer der Arbeitslosen vermehrt wird. Die Metallarbeiter sollen durch Stärkung des Christlichen Metallarbeiterverbandes dazu beitragen, daß die Forderung verwirklicht wird.

Lohn nach Leistung

Die Lohnzahlung nach Leistung ist eine von den Arbeitgebern ständig wiederkehrende Forderung. Hunderte Syndizis haben sich bei den Lohnverhandlungen bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß das Leistungs-Lohnsystem das gerechtere und der Wirtschaft dienlichere sei. Bei der Verteidigung dieses Prinzips wurde nicht selten darauf hingewiesen, daß man dem fleißigen Arbeiter Gelegenheit geben müsse, einen hohen Lohn zu verdienen. Auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie am 3. September in Dresden betonte Geheimrat Rasch, daß die Stärkung der Kaufkraft in der durch erhöhte Leistung ermöglichten allgemeinen Verbilligung der Arbeitsprodukte gesucht werden muß. Was ist nun geworden?

Die Arbeiterschaft, besonders die Metallarbeiterschaft, bei der man durch technische Fortschritte und Rationalisierung das menschenmöglichste verlangte, hat in der Leistung ihr Bestes hergegeben. Das beweisen die Produktionssteigerungen, die auch von maßgebenden Arbeitgebervertretern zugegeben werden. Dr. Wöglar betonte noch auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln, daß sich das Ergebnis zu verzeichnen hätten, daß wir auf der ganzen Linie trotz verkürzter Arbeitszeit eine Leistung hätten, die besser sei als vor dem Kriege.

Die erhöhten Leistungen haben aber dem Arbeiter einen Mehrerwerb nicht gebracht. In dem Maße, wie er sich anstrebte, seine Leistungen zu steigern, um auch dementsprechend seinen Lohn zu erhöhen, wurde von seinen Unternehmern das Mittel der Akkordlohnregelung angewandt. Bei den Verhandlungen in der Nordwest-Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen am 9. und 17. September d. J. wurde der Nachweis erbracht, daß seit dem letzten Schlichtenschein innerhalb der nordwestlichen Gruppe die Akkorde um mehr wie 12 Prozent im Durchschnitt reduziert wurden. Auf der Tagung für Fließarbeit gelegentlich der Kölner Herbstwoche, wo durch Delegationsleiter Frank Maßbach die bedeutende Leistungs-

steigerung hervorgehoben wurde, kritisierte derselbe Herr die Fehler, die die Unternehmer durch Reduzierung der Akkordlöhne machten. Es lassen sich Tausende Fälle anführen, wo die Arbeiter ihr Bestes in der Leistung hergaben, wo sich aber die erhöhte Leistung nicht im geringsten auswirkte in erhöhtem Lohn. Hier werden die Worte von denen, die sie prägen, „Lohn nach Leistung“, Lüge gestraft.

Der Christliche Metallarbeiterverband ist kein Gegner technischer Fortschritte und tritt ein für bestmögliche Leistung. Aber mit derselben Energie tritt er auch dafür ein, daß technischer Fortschritt und höchste Leistung auch dem Arbeiter durch gerechten Lohn zugute komme. Daß dieses Ziel nur erreicht werden kann durch stärkere Inanspruchnahme der gewerkschaftlichen Selbsthilfe ist für jeden einsichtigen Metallarbeiter klar, denn in dem Maße, wie der Gewerkschaftsag, danke in den letzten Jahren abklaut, in demselben Maße konnten obige Missstände einreißen.

Der lästige Arbeiter muß beseitigt werden

Diese Auffassung ist in den letzten Jahren wieder Allgemeingut der deutschen Arbeitgeber in der Metallindustrie geworden. Mancher tüchtige christliche Facharbeiter wurde in der letzten Zeit beseitigt, weil er für seine Mitarbeiter in dem einen oder anderen Falle mit Verschiedenheit eingetreten ist. Damit begnügt sich die „Deutsche Bergwerkszeitung“ nicht. Nein; sie geht viel weiter und möchte auch diejenigen Gewerkschaftsführer beseitigen, welche dem Unternehmertum bei passenden Gelegenheiten bittere Wahrheiten sagen müssen. Diese Annahme übersteigt aber doch den Gipfel der Frechheit. In Nr. 242 vom 15. Oktober 1926 berichtet die „Bergwerkszeitung“ über eine Versammlung des christl. Metallarbeiterverbandes in Dortmund, in der zu dem Schiedspruch der Nordwestgruppe Stellung genommen wird.

In der besagten Versammlung wurde unter anderem auf die Zahlen hingewiesen, die der Bezirksleiter Burgard unseres Verbandes vorgetragen habe. Die Bergwerkszeitung bezeichnet die Zahlen als unrichtig. Mit dem Zahlenpiel wollen wir uns an dieser Stelle nicht befassen. Nur das Eine sei dem Artikelschreiber gesagt. Hätte er zur Klarstellung der Wirklichkeit beitragen wollen,

bann braucht derselbe nur das Protokoll der Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband Nordwest zur Hand zu nehmen und hätte gefunden, daß Burgard diese Zahlen in der Form nicht vorgetragen hat. Die persönlichen Angriffe wären dadurch hinfällig gewesen. Was hat Burgard bei der Verhandlung dargelegt? Die Robstahlerzeugung betrug im Monatsdurchschnitt im Jahre 1925 (1 016 000) Eine Million sechs hunderttausend Tonnen. Im Juli 1926 wurden (1 019 000) Eine Million neun hunderttausend Tonnen produziert. Als Beispiel, um verbesserte Wirtschaftslage nachzuweisen, wurden die Produktionszahlen eines großen Hüttenwerks vorgetragen, und zwar wurden im Jahre 1913 (Monatsdurchschnitt) bei einer Belegschaft von 12 500 Mann 78 000 Tonnen produziert, gegenüber im August 1926 bei einer Belegschaft von 10 500 Mann eine Produktion von 103 000 Tonnen. Bei dieser Gelegenheit wurde von einer mehr als 100 Prozent Besserung der Wirtschaftlichkeit gesprochen.

Der Wink an die Verhandlungsleitung des christl. Metallarbeiterverbandes, den „lästigen“ Bezirksleiter zu beseitigen, ist verstanden worden. Dem Wunsche kann nicht entsprochen werden, weil die zweifelhafte Haltung der Unternehmer bei Verhandlungen und dergl. es notwendig macht, mit aller Offenheit zu sagen, was Wirklichkeit ist. Zu den persönlichen Angriffen sei nur gesagt, solange die „Deutsche Bergwerkszeitung“ über unseren Bezirksleiter in dieser gehässigen Weise schreibt wie bisher, dann wissen wir genau, daß derselbe auf dem richtigen Wege ist, um die Interessen der Metallarbeiter zu vertreten.

Wir hätten uns zu dem Artikel nicht geäußert, wenn nicht Angestellte und Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaften in Versammlungen und Betrieben die Angriffe der „Deutschen Bergwerkszeitung“ gegen unseren Bezirksleiter freudig begrüßten. Hier steht man, wie freie Gewerkschaften und Unternehmertum Hand in Hand arbeiten. Zum Schluß nur das Eine: Die Vertreter der sozialistischen Gewerkschaften haben alle Ursache, sich zu bemühen, bei den Verhandlungen etwas mehr durchschlagendes Material zu besorgen und darzulegen, sonst muß man zu der Annahme kommen, daß man entweder nur sehr wenig Material hat, oder es nicht mit dem Unternehmertum verderben möchte. Die „Bergwerkszeitung“ mag lustig weiterstimpfen. Die Arbeiterschaft wird gewiß die richtigen Schlüsse ziehen und den christl. Metallarbeiterverband stärken.

Gewerkschaften und Arbeitslosenversorgung

Wenn die größte aller Wirtschaftskrisen, die wir erlebten, mit der starken Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, unser moralisches, gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches Leben nicht noch mehr erschütterten, so ist dies in hervorragendem Maße den organisierten Arbeitern, den Gewerkschaften zu verdanken. Wie auf so manchen Gebieten haben sie also auch hier größere Uebel von der Arbeiterschaft und von der Allgemeinheit ferngehalten und unabänderlich schädliche Folgen in ihren Auswirkungen herabmindern können.

Das ist an erster Stelle der Erfolg gewerkschaftlicher Selbstdisziplinierung der organisierten Arbeiter. Durch freies Unterordnen und Mitbestimmen im gewerkschaftlichen Gemeinschaftsstreben, durch Selbstschulung und Vorwärtsbildung, durch Eindringen in wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge, sowie durch die Politik der Gewerkschaften auf lange Sicht, haben diese Arbeiter heute selbst vieles möglich gemacht, was früher unmöglich war.

Die Gewerkschaften haben ferner zumeist mit den staatlichen Gerichten dafür gesorgt, daß ihre in Arbeit gebliebenen Kollegen

die Lohnhöhe halten,

ja verbessern konnten. In früheren Krisenzeiten fielen die Löhne stets gewaltig zurück. Verdienstabzüge haben heute mit wenigen Ausnahmen nur an Akkordlöhnen stattgefunden. Auf diese haben die Gewerkschaften nur einen bedingten Einfluß und der Abzug selbst ist nur durch schlechte Organisationsverhältnisse möglich gewesen. Der gebliebene Tariflohn aber hat jedoch die Kaufkraft der Arbeiterschaft allgemein gehalten und es den einzelnen ermöglicht, seine Angehörigen und seinesgleichen, die arbeitslos sind, mit über Wasser zu halten.

Durch viele Betriebsstilllegungsverhandlungen und sonstige Aktionen war es den Gewerkschaften außerdem in vielen Fällen möglich,

Arbeitslosigkeit, Arbeitsfreudung

uvm. ganz unmöglich zu machen, bzw. herabzumindern oder hinauszuziehen. Manche Betriebsleitungen, die so schnell Betriebsstilllegungen beantragten, es nur aus nervösem Besorgtein oder weil es „Nöde“ war, laten, wurden so zu einer Aenderung ihrer Disposition gezwungen. Betriebe blieben dadurch entweder ganz in Tätigkeit oder sie wurden nur zum Teil stillgelegt, wo sie ganz eingehen sollten. Und wo diese Betriebe in Bewegung blieben, kamen sie schneller wieder hoch, als dort, wo sie nach einem völligen Stilllegen ganz neu angekurbelt werden mußten.

Bei vielen nicht zu ungehenden Betriebsstilllegungen oder Einschränkungen konnte weiter durch Gewerkschaften erreicht werden, daß

Entlassungen oder „Werksecklaunungen“ nach sozialen Gesichtspunkten

vorgenommen wurden. Die Ärmsten oder die es am nötigsten hatten, blieben im Betrieb und andere brachten an ihrer Stelle das Opfer der Arbeitslosigkeit. Auch zur Wiedereinstellung der Entlassenen konnten eine Reihe sozialer Gesichtspunkte verwirklicht werden.

Gemeßen am Grade der Arbeitslosenziffern der Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitslosenrählung nach Berufen geht hervor, daß verhältnismäßig die

Arbeitslosigkeit der organisierten Arbeiter bedeutend geringer, als die der unorganisierten ist. Gewiß sind da und dort beim „Reinmachen“ der Betriebe verhältnismäßig „unflätige“ Gewerkschaftler abgehaut worden. Aber das können nur Ausnahmen

sein, etwas anderes ist garnicht denkbar. Zunächst sind einmal die besten und fähigsten Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Auf solche Arbeiter kann überhaupt kein Arbeitgeber verzichten. Der Organisierte genießt ferner besseren Schutz gegen unbillige Entlassung und Hilfe beim Suchen einer neuen Arbeitsstätte. Er ist ferner aufgeklärt und kann sich eher selbst helfen. Auf alles dieses muß der Unorganisierte mehr oder weniger verzichten und kommt es auch daher, daß Unorganisierte im Verhältnis der Organisierten, bedeutend stärker arbeitslos sind. Also liegt auch hier ein offenkundiger Erfolg der Gewerkschaften bei der Arbeitslosenversorgung vor.

Die Arbeitslosenunterstützung, die die Gewerkschaften an ihre Mitglieder zahlen, haben im Laufe der letzten fast die ganzen Gewerkschaftseinnahmen und mehr oder weniger auch die Reserven verschlungen, die die Gewerkschaften nach der Inflation wieder sammeln konnten. Auf diese Wirkung braucht nicht näher eingegangen zu werden.

Auch in geistig seelischer Hinsicht, sowie im Hinblick auf die Fortbildung beruflicher und allgemeiner Art aller Arbeitslosen, haben die Gewerkschaften Großes geleistet. In diesen armen Opfern den Geist der Verzweiflung zu bannen, Menschenwürde, Moral, Hoffnungen auf bessere Zeiten zu halten und sie dafür fähig zu machen, das ist die größte und wichtigste Arbeitslosenversorgung. Heute wundern sich viele sonstigen Volkstreife darüber, daß trotz der unheimlich großen und langdauernden Arbeitslosigkeit verhältnismäßig noch alles glatt abgeht und Ruhe besteht. Wenn neben der langjährigen Charakterkunde der Arbeiterbewegung nicht auch die vielen gewerkschaftlichen Arbeitslosenversammlungen, -Unterhaltungen, -Sitzungen und Einzelbetreuungen wären — die laufend stattfinden — dann würde dieses „Wunder der Ruhe“ in so schwerer Zeit nicht sein, und der Bolschewismus hätte auch bei uns schon längst Ueberhand genommen.

In diesem Zusammenhang ist auch die

Tätigkeit unserer Arbeitsämter

zu erwähnen, die sich im Grunde genommen ebenfalls gut bewährt haben. Und zwar sowohl hinsichtlich der Erfassung und Regelung des Arbeitsmarktes durch Arbeitsvermittlung als auch durch die öffentliche Erwerbslosenversorgung. Was hier fehlt und zu bemängeln ist, dafür sind die Gewerkschaften unverantwortlich. Aber, daß diese Einrichtungen überhaupt da sind und stellenweise vorbildlich wirken, das ist wiederum den Gewerkschaften und ihrem Geist zu danken, der sich dort auswirkt. Auch sie darf der Weltlohn des Todschweigens nicht treffen, noch sind sie zu den allgemeinen Selbstverständlichkeiten zu zählen.

Auch was an öffentlicher Arbeitslosenunterstützung, an Notstandsarbeiten, Arbeitsbeschaffung uvm. geleistet wurde, ist vornehmlich unmittelbares Verdienst der Gewerkschaften. Nur Idioten können die Gewerkschaften dafür verantwortlich machen, daß nicht noch mehr auf diesem Gebiete geschehen sei.

Was die Gewerkschaftsvertreter in öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen der Kommunen und durch ihre eigenen Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeitslose getan haben, davon wird nach christlicher Art nicht geredet, sondern das wird nur praktiziert. Selbst wenn es nur Tropfen auf einen heißen Stein wären, jedenfalls ist auch dadurch manche Not gelindert worden.

Diese Darlegungen, die noch erweitert und schlagend erhärtet werden könnten, sollen den Arbeitnehmern, ihren Familien und der weitesten Öffentlichkeit zeigen, was die Gewerkschaften zur Versorgung der Arbeitslosen getan und somit an größeren Uebeln verhütet haben. W. M.

Rundschau

Arbeiterratsmitglieder, merkt ihr was?

Auf einem großen Werk der „Vereinigten Stahlwerke A.-G.“ beschäftigten sich Werksleitung und Arbeiterratsmitglieder mit der Kartoffelbeschaffung für die Belegschaft. Die Werksleitung lehnt jede Beteiligung und Vermittlung in dieser Angelegenheit ab. Auch den Antrag des Arbeiterrates, jedem Belegschaftsmitglied 50 Mark Lohnvorschuss zu gewähren, und diesen in Monatsraten abzurufen. Um so mehr bringt dieselbe auf den Arbeiterrat ein, und sucht diesem klarzumachen, daß derselbe von sich aus durch Verträge mit Kartoffelhändlern die Belieferung der Belegschaft mit Kartoffeln beiverstelligt und sichern soll. Trotzdem der Arbeiterrat das immer wieder ablehnt, lehnt die Werksleitung ihre diesbezüglichen Bemühungen verschiedentlich fort. Da der Arbeiterrat wie auch die Werksleitung auf ihren Standpunkt beharren, gerichtlich sich die ganze Angelegenheit. So ist aber recht, denn die Kartoffelversorgung kann heute in jeder beliebigen Form und zur vollsten Zufriedenheit der Konsumenten auf privater Weise besorgt werden. In diesem Falle aber wollte wohl die Werksleitung dem Arbeiterrat eine Beschäftigung aufhelfen, die ihn von seinen Aufgaben auf Grund des Betriebsratsgesetzes ablenkt, was nie zum Vorteil der Arbeitnehmer, wohl aber der Arbeitgeber ausschlägt.

Der Goldschaf der Industrie

Eine einzigartige Angelegenheit beschäftigt das Landesherrliche Schöffengericht eine Angelegenheit, die ebenso bezeichnend ist für die Moral vieler Volksgenossen, wie auch in der Industrie. Aus der Beweisaufnahme ergibt sich, daß die Firma William Prym, Stolberg im Unrechtsjahr 1923, wo hier Hans Prym als Zeuge ausbrüht, sich fürcht vor der Volkswirtschaftsgefährdung Goldschaf im Werte von 1,6 oder 1,4 Millionen Mark, die nach Aussage Hans Pryms im Jahre 1922 in Holland zusammengekauft waren, in dem der Laubenburg G.m.b.H., also der Familie Prym, gehörigen Walde bei Schwenhütte vergraben hat. Ob es sich um einen Goldschaf in Höhe von 1,6 oder 1,4 Millionen Mark handelte, konnte in der Beweisaufnahme nicht einwandfrei festgestellt werden, da in der Verurteilung von 1,6 Millionen Mark die Rede war, der Zeuge Hans Prym in der Verhandlung aber auslegte, daß es nur 1,4 Millionen Mark gewesen seien. Ende des Jahres 1924, als sich die Lage wieder geklärt hatte, wurde mit den Ausgrabungen seitens der Familie Prym begonnen. Zu den Ausgrabungen wurde auch der Privatsekretär Johann Frings hinzugezogen. Dieser legte sich jedoch mit dem Privatförster Johann Schweidert sowie mit dem Angeklagten Hubert Brüdemann heimlich in Verbindung. In der Verhandlung sagte er aus, daß er Schweidert nur habe irreführen wollen. Jedoch wurde diese Aussage von dem Gericht nicht geglaubt. Der Privatförster Johann Schweidert förderte zunächst fünf Kästenutage, von denen er zwei für sich behielt und die übrigen zu gleichen Teilen mit den Angeklagten Frings und Hubert Brüdemann teilte. Am anderen Tage fand Johann Schweidert zwei weitere Kästen, die er mit Frings und Hubert Brüdemann gleichfalls teilte. Da jeder Kasten etwa 20 000 Mark in Gold enthält, konnten Frings und Johann Schweidert je rund 50 000 Mark in Gold und Hubert Brüdemann rund 40 000 Mark in Gold von dem Fund abbekommen. Johann Schweidert half Verwandten und Bekannten namentlich mit Geld aus und gab solches auch für Wohltätigkeitszwecke her, insbesondere unterstützte er seinen kranken Bruder. Hubert Brüdemann legte das Geld in Hypotheken an. Johann Frings steckte es in ein Motorengeschäftchen in Stolberg, kaufte sich einen kleinen Opelwagen usw. Der Angeklagte Peter Schweidert erhielt von seinem Bruder 24 Dollarstücke und 20 Franken in Gold, Werner Meessen, der zukünftige Schwelgerjohn von Hubert Brüdemann, sollte 3000 Mark in Gold erhalten, schaffte das Geld aber nach drei Tagen wieder aus seinem Haus. Diese 3000 Mark wurden namentlich auf der Sparkasse auf den Namen der Frau des Meessen angelegt.

Die modernen Schatzgräber wurden verurteilt. Ein bezeichnendes Licht wirft die Verhandlung aber auch auf die Firma. Zunächst befindet sich im Bericht der Tagespresse folgender etwas unklare und doch klare Satz: „Soweit eine Steuerhinterziehung seitens der Firma William Prym vorliegt, wurde wegen Zahlung von 800 000 Mark rückständiger Steuern eine Einigung erzielt. Der durch das Vergraben des Goldes entstandene Zinsverlust wurde von den Verteidigern auf rund eine halbe Million Mark geschätzt.“

Daraus ergibt sich zweierlei: 1. Der Firma ist es auf peinliche Pflichterfüllung gegen den Staat nicht besonders angekommen. Es sind aber die Leute von der Industrie, die den Staat beherrschen wollen. 2. Auch auf den kaufmännischen Grundsat: Geld nicht ungenutzt liegen zu lassen, hat die Firma keinen Wert gelegt. 1/2 Million Mark ist doch kein Pappenstiel. Wenn aber die Arbeiter mit bescheidenen Forderungen kommen, dann ist man arm, dann geht es nicht. Die Arbeiterkraft wird sich das merken müssen und hoffentlich aus der Verhandlung die richtige Lehre ziehen, indem sie sich bis zum letzten Mann dem christlichen Metallarbeiterverband anschließen.

Entscheidung zum Arbeitsschutzgesetz

Münchener Tagung des D. G. B.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert von den gesetzgebenden Körperschaften und insbesondere vom Reichsarbeitsministerium die beschleunigte Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes. Die Schaffung eines umfassenden Arbeitsschutzgesetzes ist heute nicht mehr zu entbehren. Mit Rücksicht auf die großen Unfallzahlen im Bergbau, ist das geforderte Reichsbergarbeiter-schutzgesetz sofort dem Reichstag vorzulegen. Gleiches gilt für den Bauarbeiter-schutz. Der unter das Schutzgesetz fallende Kreis darf nicht zu eng gezogen sein und muß der sozialpolitischen Entwicklung Rechnung tragen. So wünschen wir die Einbeziehung der Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, der Tierzucht, der Binnenschifffahrt und Flößerei wie auch der Betriebe der Luftschifffahrt. Es muß Vorbehalte getroffen werden, daß die Grundzüge des Arbeitsschutzgesetzes auch für die Beamten auf Grund besonderer Vorschriften Anwendung finden.

Die Regelung der Maximalarbeitszeit hat nur dann volle Wirksamkeit, wenn die Bestimmungen bezüglich der Ueberarbeit der Parteien und des Schichtwechsels nicht eine Fassung erhalten, die zu viele Abweichungen ermöglicht.

Die Schutzbestimmungen für Jugendliche und für Frauen vor und nach der Niederkunft, müssen den wiederholt geltend gemachten Forderungen angepaßt werden.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen ferner die Bemühungen auf Durchbrechung, ja Beseitigung der Sonntagsruhe-Bestimmungen, sowohl durch die Einbeziehung der Sonntagsarbeit in die Wochenarbeitszeit, als auch durch das Offenhalten der Verkaufsstellen am Sonntag und Herstellung und Vertrieb von Zeitungen.

Falls der beschleunigte Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes Schwierigkeiten entgegenstehen, fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund eine sofortige gesetzliche Zwischenregelung auf dem Gebiete der Arbeitszeit, und zwar dahingehend, daß das während der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit zulässige Höchstmaß der Arbeitszeit acht Stunden — im Bergbau unter Tage sieben Stunden — nicht überschreiten darf. Ihre Begründung findet diese Forderung in den vom D. G. B. gemachten Feststellungen, daß trotz anhaltender Arbeitslosigkeit bisher in nicht geringem Ausmaß Ueberstunden und Ueberfrachten geleistet werden.

Sozialpolitik

Hilfe für ausgefeuerte Erwerbslose

Es hat recht lange gedauert, ehe in der allgemeinen Not die besondere Not der ausgefeuert Erwerbslosen bekannt wurde, und noch länger, ehe man sich ihrer annahm. Nun hat der Reichsarbeitsminister in einem Rundschreiben an die Länder die Grundzüge über die Hilfe für ausgefeuerte Erwerbslose mitgeteilt. Danach werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die ausgefeuert Erwerbslosen, soweit sie der öffentlichen Fürsorge bedürfen, eine gleich hohe Unterstützung erhalten wie die unterstützten Erwerbslosen. Durch enges Zusammenwirken der Fürsorgestellen mit den öffentlichen Arbeitsnachweiser und durch verstärkte Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung wird sichergestellt, daß den ausgefeuert Erwerbslosen, soweit irgend möglich, Arbeit vermittelt wird. Die Bezirksfürsorgeverbände, denen die Unterstützung ausgefeuert Erwerbsloser obliegt, erhalten hierfür vom Reich Beihilfen in Höhe von 50 v. H. des Unterstützungsaufwandes. Die ursprünglich gedachte Beschränkung der Maßnahme auf Bezirke mit besonders hohen Erwerbslosen- und Ausgefeuertenziffern ist glücklicherweise aufgegeben worden.

Die Fortbildung und Umschulung jugendlicher Erwerbsloser

welche im Unterstufungsbezuge stehen, ist nach einem Bescheide des Reichsarbeitsministeriums eine Pflichtaufgabe der Erwerbslosenfürsorgestellen und der Gemeinden. Nach Darlegungen im Reichsarbeitsblatt zeigte eine kürzlich betätigte Umfrage der Reichsarbeitsverwaltung über diese Fürsorgemaßnahmen bei 16 größeren Arbeitsnachweiser, daß seit Juni 1925 Fortbildung und Umschulung Erwerbsloser in den verschiedensten Formen gefördert wurde. Man hielt Kurschulungskurse vom Anfänger- bis zum Schnellkurs, man gab Kurse in Deutsch und fremden Sprachen, man unterrichtete in allen Fächern der Buchführung, im Zeichnen, in Mathematik, Statistik und technischen Berechnungen. Weibliche Erwerbslose konnten Kurse für Verkäuferinnen, für Schneiderinnen und Modistinnen besuchen und sich gründliche Ausbildung in sämtlichen Zweigen der Hauswirtschaft verschaffen. Neben der Fortbildung wurde auch für die Möglichkeit der Berufs-umstellung Sorge getragen. Frankfurt a. M. und Magdeburg schulten geeignete Erwerbslose zu Kraftfahrern um, Hamburg Metallarbeiter zu autogenen Schweißern, Berlin Angestellte zu Schaufensterdekorateuren und Wabemissetzen. Die Unterrichtstischler wurden zum Teil aus befähigten Erwerbslosen selbst genommen, zum Teil zog man auch Ärzte, Anwälte und Beamte heran. Die Dauer der Kurse schwankte zwischen wenigen Wochen und einem halben Jahr. Eine wichtige Rolle spielte natürlich die Frage der Kosten. Diese waren je nach Art und Dauer der Kurse verschieden. Berlin veranschlagte beispielsweise für einen achtwöchigen Schaufensterdekoraturkurs mit 25 Teilnehmern 1986 Mark, für einen zehnmonatigen Wabemissetzerkurs mit 12 Teilnehmern 280 Mark. Hamburg berechnete die Kosten auf durchschnittlich 15 Mark für den Teilnehmer. Die Umschulung von 27 Erwerbslosen zu Kraftfahrern verurteilte Frankfurt a. M. einen Kostenaufwand von 1711 Mark. Als weitere erfreuliche Tatsache konnte die Erhebung der Reichsarbeitsverwaltung festgestellt, daß die Teilnahme der Erwerbslosen an den Kursen allerorts eine äußerst rege und zahlreiche war, welcher Umstand nicht allein die Erhaltung des Arbeitswillens der Erwerbslosen gewährleistet, sondern auch den Arbeitsnachweiser und Gemeinden die Vermittlungsfähigkeit der Erwerbslosen ganz bedeutend erleichtert.

Was haben wir zu fordern und zu leisten?

Generalsekretär Bernhard Otto.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung erwartet nicht vom Staat, daß er den einzelnen Menschen die Verantwortung für sein Fortkommen und die Aufrechterhaltung seiner Existenz abnimmt. Nach der Auffassung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung muß nach wie vor die Selbsthilfe sowohl des einzelnen wie des Berufsstandes die erste Stelle einnehmen. Diese Haltung steht nicht im Widerspruch mit der Forderung, daß der Staat die Pflicht hat, den sozial am meisten Verdrängten und Hilfsbedürftigsten beizuhelfen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus wehren wir uns dagegen, daß vom Staat als einer Verordnungsanstalt, „die Millionen von Menschen der Verpfichtung enthebt, für sich und ihre Familie zu sorgen“, geredet wird. In Wirklichkeit ist es so, daß der Staat ständige Verpflichtungen der Wirtschaft übernimmt, die zu übernehmen die weitaus größte Mehrheit der Arbeitgeber sich bis jetzt immer noch geweigert hat.

Die Nationalisierung und Konzentrierung in der Industrie verzieht das Kräfteverhältnis zu ungunsten der Arbeitnehmer, woraus dem Staat verstärkte soziale Aufgaben erwachsen. Vor allem muß erwartet werden, daß die gewerkschaftliche Selbsthilfe der Arbeitnehmerkraft gestützt und ergänzt wird durch eine soziale Staatspolitik.

Die bisherige, durch technische Vervollkommenung und Nationalisierung der Betriebe erzielte höhere Produktivität, verbunden mit einer Verringerung der Produktionskosten, ist den Arbeitnehmern in Form von höheren Löhnen nicht entsprechend zugute gekommen. Statt berechtigter Entwicklung durch Erwerbslosigkeit und durch die Verschlebung vieler Arbeitskräfte in vorgeändertem Alter aus dem Erwerbsleben erfahren. Die Umwidmung der Wirtschaft entbehrt aber der sinnvollen und segensreichen Höherführung des Gemeinschaftslebens, wenn sie sich auf Kosten der breiten Schichten des Volkes vollzieht. Das was bisher überwiegend der Fall. Eine wohlverstandene Nationalisierung muß, wenn ihr Sinn nicht ins Gegenteil verkehrt und ihre Wirkung nicht zum Fluch werden soll, erhöhte Einkommen und verbilligte Preise für die Masse des Volkes bringen. Beides ist in angemessenem Verhältnis möglich.

Löhne, gestiegene Produktionsziffern und Leistungen.

Daß der Reallohn für einige Arbeiterkategorien den Stand der Vorkriegszeit erreicht hat, will wenig beklagen. Abgesehen von den sozialen Notwendigkeiten für Lohnsteigerungen, sind dafür auch wirtschaftliche Möglichkeiten gegeben.

Nach wie vor zeigt sich ein starker Widerstand im Arbeitgeberlager nicht nur gegen Lohnsteigerungen an sich, sondern auch gegen Lohnbindungen durch Tarifverträge und Gewerkschaften. Solange das der Fall ist, haben die schönen Reden auf offiziellen Tagungen der Industrie über die Verständigung mit der Arbeitnehmerkraft nicht den Wert, den wir ihnen wünschen möchten. Wenn die „werksgemeinschaftlichen Gebilde“ von wesentlichen Teilen der Arbeitgeber unterstützt werden, um den Selbsthilfegedanken der Arbeitnehmer niederzurufen, wenn verschiedentlich Anweisung ergibt, Lohnforderungen der Gewerkschaften durch Anträge auf Lohnherabsetzungen zu vorzukommen, wenn Abdingbarkeit der Tarifverträge propagiert wird, dann zeigt das alles, daß die Arbeitnehmerkraft sich eine bessere Position noch schwer erkämpfen muß.

Während die Nationalisierungsbestrebungen nach unten in der Arbeitnehmerkraft sich durch Entlassungen geradezu rücksichtslos auswirken, scheinen sie nach oben die Inflationen noch nicht beirrt zu haben. Die Zahl der Arbeiter, der unteren Angestellten und Beamten verringert sich, während die Zahl der Direktoren und höheren Betriebsbeamten gegenüber früher zugenommen hat.

Angefaßt der gesamten Verhältnisse ergibt sich für die Gewerkschaften die zwingende Notwendigkeit einer verstärkten aktiven Sozialpolitik.

Weil eine Verständigung mit den Arbeitgebern nach den bisherigen Erfahrungen nur schlecht zu erreichen ist, müssen sich die Gewerkschaften mit allem Nachdruck gegen das Verlangen auf Abbau bzw. Wegfall der amtlichen Schlichtungsstellen wehren. Den in Betracht kommenden amtlichen Stellen sei dringend nahegelegt, nicht nur die Bemühungen der Gewerkschaften um die Erhaltung einer kollektiven Arbeitsvertragsregelung, sondern vor allem auch ihre auf möglichste Erhöhung des Lohnniveaus gerichtete Tätigkeit zu unterstützen. Die staatlichen und öffentlichen Betriebe sollen mit gutem Beispiel in der Lohn- und Tarifvertragspolitik vorangehen.

Nationalisierung, Kartell- und Berufsbildung.

Im Zeitalter der Trust- und Kartellbildung ist die Forderung nach individuellen Werkstarifen nun mindestens sehr widersprüchlich. Der Vorwurf der Schematisierung und Gleichmacherei durch die Tarifverträge wird zu Unrecht erhoben. Die Akkordarbeit würde vielfach noch ergeblicher sein, wenn nicht viele Arbeitgeber in wenig weislicher Weise die Akkordlöhne bescheiden würden, sobald sie über die tariflichen Durchschnittslöhne hinausgehen.

Dein Verbandsorgan

gehört vor allen Dingen auch in die Hand des erwe. belosten Kollegen.

Es darf keiner von ihnen dem Verbands verloren gehen. Engste Fühlung ist mit ihnen stets aufrecht zu erhalten. Das Verbandsorgan ist auch da ein gutes Bindemittel.

Aus der Wirtschaft

Ein internationaler Finanztrust

Ein internationaler Finanztrust von großen Ausmaßen steht nach den bisherigen Meldungen vor der Gründung. Zwei amerikanische Banken (Wells, Ritter u. Co. und die Londoner Schröder-Filliale New York), je eine englische (Schröder), französische, belgische, holländische, schweizerische, scheidewaldische, österreichische, schwedische und deutsche Bank (Dresdener Bank) vereinigen für bestimmte Zwecke ihre Wirksamkeit auf dem Kapitalvermittlungs- und Emissionsgebiet zu einem gemeinsamen Unternehmen. Als Kapital der vorläufigen Trust genannten Bank wird der Nietenbetrag von einer Million Dollar genannt, eine Summe, die wahrscheinlich doch etwas sehr hoch gegriffen sein dürfte. Der endgültige Name, der Sitz und die Organisation des Unternehmens stehen noch nicht fest. Klar scheint der Zweck: die Finanzierung internationaler Kapitalgeschäfte und die Gewährung langfristiger Kredite. Nach den bis jetzt vorliegenden Informationen ist irgendein Zusammenhang mit der eventuellen Regelung der deutschen Reichsbahnobligationen (Thyris-Verhandlungen) nicht gegeben. Ebenfalls sollen auch Stabilisierungskredite für den Frankfurter Gründungsmotiv sein. — Das muß auch für die Arbeiterkraft ein neuer Auspost sein, dem vereinigten Privatkapital die geschlossene Macht des Arbeiterkapitals entgegenzusetzen. Das geschieht durch unsere Selbsthilfeorganisationen: Gewerkschaften und Volkbank.

Weltmarktpreise

Der aus Wertetoren der Rohstoffgemeinschaft und Eisenverbraucher bestehende Ausschuss hat auf Grund der Notierungen in den letzten Wochen folgende Weltmarktpreise ermittelt, die für den Monat Oktober gelten sollen: Rohblech 83, Vorblech 91,50, Knüppel 98, Platinen 105, Formeisen 103,50, Stabeisen 105,50, Bandblech 121,50, Walzdraht 112, Grobblech 120, Mittelblech 127, Feinblech 1 Millimeter und stärker 135, Feinblech unter 1 Millimeter 155 M.

Preiserhöhung am Drahtmarkt

Die in Brüssel am 8. Oktober abgehaltene Versammlung der deutschen, belgischen und holländischen Drahterzeuger beschloß eine Preiserhöhung um 2,6 bis 10 Sch (2,60 bis 10 M) die Tonne entsprechend den Preisen. Wegen des Anstiehes der französischen Drahterzeuger finden am 20. und 21. Oktober Verhandlungen in Paris statt. — Und die Löhne der Arbeiter? Und das Organisiertsein?

Die Schwierigkeiten der Lohn- und Tarifpolitik liegen mehr in der Schwierigkeit der Anpassung an die durch die Nationalisierung sehr stark der Veränderung unterworfenen Arbeitsvorgänge und mechanischen Arbeitsverrichtungen. Diese Entwicklung verändert stark die Grundlagen der Akkordentlohnung, verzieht andererseits auch das Verhältnis zwischen Facharbeitern und angelernten Ael'tern. Trotz dieser Schwierigkeiten wird sich aber eine Verständigung in der Lohnfrage finden lassen, wenn man sich unter Zustimmung gegenseitiger Gleichberechtigung zusammensetzt, und wenn man arbeitgeberseitig mehr von dem noch stark vorherrschenden Gedanken abkommt, daß der Nutzen der Nationalisierung dem Arbeitgeber allein zugute kommen muß. Die Nationalisierungsbestrebungen bringen auch eine Reihe von sozialen Gefahren mit sich. Die z. B., daß die älteren Arbeiter und Angestellten in großer Zahl arbeitslos werden. Die Frage einer besseren Sicherung der Existenz der älteren Arbeitnehmer wird dadurch immer brennender. Eine weitere wird der Nationalisierung und Industriezentrierung ebenfalls zusammenhängende Gefahr liegt darin, daß man nicht nur die gewerbliche Ausbildung der Jugendlichen, sondern auch Spiel und Sport und physiotherapeutische Eignungsbeurteilung mehr in die Betriebe zu verlegen sucht. Die Arbeitnehmer sind hier von einer gleichberechtigten Mitwirkung jumeist völlig ausgeschlossen. Sie wehren sich mit Recht dagegen, „einem einseitigen Begutachtungsverfahren ausgesetzt zu werden“. Für die in hohem Maße erwerbslosen Jugendlichen sind Mittel zur Ausbildung von Staats wegen zur Verfügung zu stellen. Die mangelhafte Erwerbslosenfürsorge läßt von neuem und verstärkt die Forderung nach altschaltiger Schaffung einer Arbeitslosenversicherung laut werden.

Die mit der Nationalisierung zusammenhängende Beschränkung der Arbeitnehmer auf bestimmte Tätigkeiten und auf wenige Handgriffe hat besondere Bedeutung im Hinblick auf die Frage der Berufsruhe und Qualifikationsleistung. Ein öfterer Wechsel des Arbeitsplatzes, insbesondere für die Jugendlichen, erscheint notwendig. Die Gefahren der Betriebsarbeit erhöhen sich ebenfalls mit der Umbildung der Arbeitsvorgänge und der maschinellen Einrichtungen.

Der Arbeiter-schutz.

Es gewinnt damit die Frage des betrieblichen und geschlichen Arbeiterschutzes verstärkte Bedeutung. Die Höherspannung der Leistungen führt des weiteren zur Beschaffung der Forderung eines angemessenen Urlaubs und einer der Entwicklung angepaßten Arbeitszeit. Das Arbeitsschutzgesetz sollte beschleunigt in einer den vom Deutschen Gewerkschaftsbund geltend gemachten Wünschen entsprechenden Form verabschiedet werden.

Die Gewerkschaften würden ihre bedeutsamen Aufgaben nicht richtig erfüllen, wenn sie nicht neben der Frage der Einkommenserhöhung auch der Einkommensverwendung ihr Augenmerk widmen. Dasselbe gilt für eine gute und zweckdienliche Verwendung der Freizeit. Eine kurze Arbeitszeit an sich und ein möglichst hoher Lohn sind allein noch kein Beweis für einen hohen Kulturstand der Arbeitnehmerkraft. Ohne Zweifel liegt in der Anwendung des von der Arbeitnehmerkraft Erzielten noch viel im argen. Dabei können den Arbeitnehmern größere Vorwürfe als anderen Ständen nicht gemacht werden. Wo in der Arbeitnehmerkraft üble Sitten und Gewohnheiten sich eingeschlichen haben, ist das böse Beispiel jumeist von oben gekommen. Von der Seite des Verbrauchers kann die Arbeitnehmerkraft in starkem Maße auf die Produktion einwirken. Wer wollte leugnen, daß heute der Verbrauch stark irreflektiert ist. Für die Arbeitnehmerkraft muß vermehrt der alte und wahre Satz gelten: das Notwendigste und Nützlichste zuerst. Bedürfnisse ködlicher Art, vielfach künstlich hervorgerufen, müssen ausgeschlossen werden. Der „billige Einkauf“ muß dem Kauf von Qualitätswaren weichen. Das Beste ist noch immer das Billigste, abgesehen davon, daß kein Konsum aus der Verlobung der Qualitätsproduktion beiträgt. Die Zunahme der Sparsamkeit beweist, daß starke Ansätze in der Geldumgebung der Einkommensverwendung vorhanden sind. Durch die eigenen Sparanstrengungen und durch Förderung der mit uns befreundeten Verbraucherbewegung sind wir darauf bedacht, diese Ansätze zu stärken und zu steigern.

Unsere gewerkschaftliche Aufgabe.

Der gewerkschaftlichen Selbsthilfe eröffnen sich angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung neue dringende Aufgaben. Je aktiver und energischer an die Lösung dieser Aufgaben herangegangen wird, um so besser ist es für die Volksgemeinschaft und den sozialen Frieden. Die Selbsthilfe muß in Verbindung mit der staatlichen Sozialpolitik an der Beseitigung der Spannungen arbeiten, die das Gemeinschaftsleben bedrohen. Mit härterem Nachdruck wird die christlich-nationale Arbeiterbewegung auch für die sinnvolle Weiterentwicklung der Sozialpolitik eintreten, weil sie hierin die beste Ergänzung der Selbsthilfe erblickt. Ziel aller Selbsthilfe und staatlichen Sozialreform ist und bleibt uns die Höherführung des Gemeinschaftslebens des deutschen Volkes.

Entschließung zum Lohnwesen

Münchener Tagung des D. O. B.

Angesichts der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Notwendigkeit, durch eine Stärkung der Kaufkraft eine größere Belebung des Innenmarktes zu erzielen...

Die Ausschussführung des D. O. B. stellt fest, daß die durch die Vervollkommnung der Technik und Rationalisierung der Wirtschaft...

Eine Rationalisierung, die erhebliche Produktionssteigerungen, hohe Preise und steigende Gewinne für die Unternehmer bringt...

Den Gewerkschaften erwächst aus dieser Lage die Pflicht einer aktiven, den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Zeit angepaßten Lohnpolitik...

Verbandsgebiet

Zur Lohnbewegung in der oberöchl. Eisenindustrie

Am 12. Oktober fanden in Berlin im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zur Schlichtung des seit Monaten schwebenden Lohnstreits in der oberösterreichischen Großeisenindustrie statt...

Schon seit längerer Zeit konnte es dem aufmerksamen Beobachter der wirtschaftlichen Verhältnisse Oberösterreichs nicht entgehen, daß sich eine erhebliche Besserung gegenüber dem Vorjahre angebahnt hat...

In der Verhandlung in Berlin gab Gewerkschaftsführer S. i. a. vom Christlichen Metallarbeiterverband eine eingehende Begründung für die von der Arbeiterschaft gestellten Lohnforderungen...

Kolereien Deutsch-Oberschlesiens betrug die Gesamtbelegschaft 1913 2786 Arbeiter und Arbeiterinnen, 1926 (Monat August) 1802. Die Leistung pro Kopf und Arbeitstag 1913 1263 Kilogramm im Durchschnitt...

In der Gesamtproduktion sind in den letzten Monaten ebenfalls beachtenswerte Fortschritte anzusehen. Nach den vorliegenden Verichten zeigt die Kalkulation folgendes Bild:

Table with 4 columns: Monat, 1926, Deutsch-Oberschlesien, D a h : (Deutschland, Ausland). Rows for April, Mai, Juni, Juli, August.

Beispielsweise sind im Monat Juli 34 Prozent der Gesamtzeugung für die Verarbeitung in den oberösterreichischen Hüttenwerken abgesetzt worden...

Zu einer Steigerung der Erlöse müssen weiterhin die Rationalisierungsmaßnahmen insofern geführt haben, als bei den Massenentlassungen die weiblichen, für erheblich niedrigeren Lohn tätigen Arbeitskräfte im Verhältnis zu den übrigen in geringem Umfange abgebaut wurden...

Die besonders hohen Unfallgefahren an Pressen und Stanzen sind bedingt einmal durch die Beschaffenheit des Werkzeuges und die Art des Arbeitsvorganges...

Sofern das Arbeitsstück mittels eines sog. Komplettschnittes (gedachten Schnittes) vom Streifen oder Band ausgehakt wird, da bei diesen Werkzeugen der Stempel nicht aus seiner Führung tritt...

In den weitesten Kreisen ist bei Einlegearbeiten zu Fingerverletzungen, weil hier ja die Arbeiterin gezwungen ist, mit einer oder beiden Händen das Material unter dem Stempel zu legen...

Die eine Einrückvorrichtung, die zwangsläufig mit beiden Händen bedient werden muß, meist in der Weise, daß der rechte, die Kuppelung auslösende Hebel nur niedergedrückt werden kann...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

brauchten Arbeitskraft, wegen unzureichender Ernährung nicht hinreichend gesichert erscheint. Auch aus diesen Erwägungen ist eine angemessene Erhöhung der Löhne unbedingt erforderlich.

Salzotten. Erfolg der Hausagitation. Im Jahre des Umsturzes 1918 als die Gewerkschaften weit offen standen, waren auch wir hinreichend gegungen und dem Christlichen Metallarbeiterverband beigetreten...

Am Sonntag, den 10. Oktober, wurde dann das so viel gepriesene Mittel der Hausagitation versucht und der Erfolg blieb nicht aus...

Die Ruhr. Ein Heimatkalender würdigen Ausmaßes, herausgegeben von unterm Kollegen Christoph Wierprecht, dem Dichter. Die hochstehenden Beiträge, zumal auch aus der Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebietes...

Literatur

Die Ruhr. Ein Heimatkalender würdigen Ausmaßes, herausgegeben von unterm Kollegen Christoph Wierprecht, dem Dichter. Die hochstehenden Beiträge, zumal auch aus der Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebietes...

Bekanntmachung

Donnerstag, den 31. Oktober 1926, ist der 45. Wochenbeitrag fällig.

Anfallschutz an Pressen und Stanzen

Von Max Fichtl

Zu den gefährlichsten in der Metallindustrie zur Verwendung kommenden Arbeitsmaschinen gehören zweifellos die Pressen und Stanzen. Die Zahl der alljährlich bei der Bedienung dieser Maschinen sich ereignenden Unfälle ist außerordentlich hoch...

Sofern das Arbeitsstück mittels eines sog. Komplettschnittes (gedachten Schnittes) vom Streifen oder Band ausgehakt wird, da bei diesen Werkzeugen der Stempel nicht aus seiner Führung tritt...

In den weitesten Kreisen ist bei Einlegearbeiten zu Fingerverletzungen, weil hier ja die Arbeiterin gezwungen ist, mit einer oder beiden Händen das Material unter dem Stempel zu legen...

Die eine Einrückvorrichtung, die zwangsläufig mit beiden Händen bedient werden muß, meist in der Weise, daß der rechte, die Kuppelung auslösende Hebel nur niedergedrückt werden kann...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

Die wichtigste Aufgabe bei der Ermittlung und Festlegung richtig bemessener Preise für Stanzarbeiten mitzuwirken und die Arbeiterinnen vor doppelten Schäden zu bewahren...

Ritter-Taschenbuch

für den Dreher und Schlosser des Maschinenbaues, mit vielen Tabellen und Abbildungen. A. Ritter, Obernigk bei Breslau. Preis geb. einschließlich Versandkosten 3,60 Reichsmark.

Advertisement for Ritter-Taschenbuch with details about membership and subscription information.